



# Baden-Württemberg

## MINISTERIUM FÜR VERKEHR UND INFRASTRUKTUR

Ministerium für Verkehr und Infrastruktur  
Postfach 103452 • 70029 Stuttgart

Regierungspräsidien  
Stuttgart  
Karlsruhe  
Freiburg  
Tübingen  
Landesstelle für Straßentechnik

Stuttgart 18.01.2016  
Name Barbro Hauff  
Durchwahl 0711 231-3636  
E-Mail Barbro.Hauff@mvi.bwl.de  
Aktenzeichen 23-3902/16  
(Bitte bei Antwort angeben!)

### nachrichtlich (mit Anlagen)

Landkreistag Baden-Württemberg  
Städtetag Baden-Württemberg  
Gemeindetag Baden-Württemberg  
Rechnungshof Baden-Württemberg  
Prüfungsamt des Bundes Stuttgart  
Gemeindeprüfungsanstalt Baden-Württemberg

### **Fortschreibung der Großraum- und Schwerlaststreckenkarte Baden-Württemberg** Generalverkehrsplan (GVP) 2010

Anlagen (jeweils 2-fach in Papier und digital per Mail)

1. Straßenkarte Baden-Württemberg M 1:750.000 mit Streckeneintragung (Stand 15.12.2015)
2. tabellarische Aufstellung kommunaler Streckenabschnitte Städte und Gemeinden
3. tabellarische Aufstellung kommunaler Streckenabschnitte Landkreise
4. Lastmodell Schwerlastfahrzeug (SLF)

Die GST-Strecken 1, 1a, 1b und 2 wurden mit dem GVP 1995 eingeführt. Sie bilden die Grundlage für die Fortschreibung. Ziel der Fortschreibung ist die Bestandssicherung vorhandener Korridore und die Neuausweisung weiterer notwendiger Strecken zur Sicherstellung und Anpassung der Kapazitäten entsprechend dem aktuellen Bedarf. Die Fortschreibung wurde unter Beteiligung der Regierungspräsidien und betroffener Dritter erarbeitet. Bezüglich kommunaler Streckenabschnitte kann der aktuelle Stand den Anlagen 2 und 3 entnommen werden.

### **Allgemeines**

- (1) Die Großraum- und Schwerlaststrecken (GST-Strecken) haben für die Wirtschaft eine besondere Bedeutung. Vor diesem Hintergrund sieht der aktuelle Generalverkehrsplan des Landes (GVP) 2010 vor, dass diese Routen auch zukünftig zur Verfügung stehen und erforderliche weitere Korridore definiert werden. Das Ministerium für Verkehr und Infrastruktur gibt entsprechend den in Anlage 1 definierten Streckenverläufen die Fortschreibung der Großraum- und Schwerlaststreckenkarte bekannt.
- (2) Im Rahmen der Neuausweisung der Großraum- und Schwerlaststrecken werden folgende Strecken und Streckenabschnitte durch die Fortschreibung gegenüber der bestehenden Karte zum GVP BW 1995 neu aufgenommen:
  - Streckenabschnitt      OU Münsingen im Zuge der Strecke 1
  - Strecke 1(blau):        Verlängerung Markdorf - Ravensburg
  - Strecke 1c:             Anschlussstrecke Landesgrenze Bayern  
                                  (Dischingen)
  - Strecke 1d:             Anschlussstrecke Göppingen - Hafen Plochingen
  - Strecke 1e:             Ausweichstrecke Umfahrung Tunnel Herbrechtingen
  - Strecke 3:              Schwerlaststrecke Philippsburg - Waghäusel  
                                  AS Schwetzingen/Hockenheim
  - Strecke 4:              Schwerlaststrecke Lahr – Hafen Kehl

Im Rahmen der Neuausweisung entfällt der redundante Streckenabschnitt im Zuge der Strecke 1 bei Münsingen gegenüber der Karte zum GVP BW 1995.

## Anwendung

- (3) Die GST-Strecken gemäß Anlage 1 sind zu beachten. Es ist sicherzustellen, dass die Streckenzüge durchgängig bis in den jeweiligen Zielort entsprechend den in Anlage 1 in Verbindung mit Anlage 4 definierten Anforderungen befahrbar sind. Die Regierungspräsidien werden gebeten, die vielfältigen Möglichkeiten zur Umsetzung der Anforderungen auszuschöpfen. Hierunter fallen beispielsweise überfahrbar gestaltete Mittelinseln in Kreisverkehrsplätzen sowie verschwenkbare oder umklappbare Masten an Lichtsignalanlagen und Ähnliches. Wenn Teilabschnitte nicht über Bundes- oder Landesstraßen geführt werden können, sollen auch diese örtlich begrenzten Abschnitte in anderer Baulast für die gleichen Kapazitäten offen gehalten werden.

- (4) Soweit GST-Strecken nicht im Zuge von Landesstraßen geführt werden, kann der finanzielle Mehraufwand für die über den Gemeingebrauch hinausgehenden Anforderungen dem betroffenen Baulastträger auf Antrag finanziell ausgeglichen werden. Hierfür wurde der neue Titel 883 79 „Mittel an Landkreise und Kommunen für den Mehraufwand im Zuge von GST-Strecken“ geschaffen. Der Ausgleich ist dabei auf die reinen Baukosten der Mehraufwendungen begrenzt. Zusätzlich können die Zweckausgaben, die bei der Entwurfsbearbeitung und Bauaufsicht entstehen, durch die Zahlung einer Pauschale in Höhe von maximal bis zu 15 % der baulichen Mehraufwendungen abgegolten werden.

Im Fall eines finanziellen Ausgleichs von Mehraufwendungen aus Landesmitteln ist eine Vereinbarung mit dem jeweiligen Baulastträger abzuschließen, die auf die dauerhafte Sicherstellung der Befahrbarkeit der GST-Strecke gerichtet ist. Diese ist ab einer Kostenmasse von 50.000 Euro (netto) dem MVI vorzulegen. Die baulichen Mehraufwendungen sind durch den Vergleich mit einem Fiktiventwurf in hinreichender Genauigkeit zu begründen. In allen Fällen mit Landesmittelbeteiligung ist dem MVI eine Fertigstellungsanzeige nach Abschluss der Maßnahme zu übersenden.

- (5) Auch bei der Erhaltungsplanung sind die GST-Strecken besonders zu beachten. Sollte die Befahrbarkeit der Schwerlaststrecken nicht mehr gewährleistet sein, sind diese entsprechend vordringlich zu behandeln.
- (6) Die Tragfähigkeit von Bestandsbrücken, die nicht nach aktuellem Normungsstand geplant und errichtet wurden, ist durch die Regierungspräsidien entsprechend der „Richtlinie für die Nachrechnung von Straßenbrücken im Bestand“ zu bewerten. Dabei wird für die GST-Strecken auf Ziffer 10.1.2 (11) der Nachrechnungsrichtlinie ausdrücklich hingewiesen. Demnach sind örtliche Gegebenheiten, die die Bestimmung der maßgebenden Verkehrsart ungünstig beeinflussen, zwingend zu berücksichtigen. Somit ist das Ziellastniveau für GST-Strecken abweichend von den Vorgaben der Nachrechnungsrichtlinie Tabellen 10.1 und 10.2 grundsätzlich mit LMM anzusetzen. Hiervon abweichende Ziellastniveaus bedürfen der Zustimmung des Ministeriums für Verkehr und Infrastruktur. Die Regierungspräsidien werden gebeten, die Nachrechnung und Ertüchtigung an den Bauwerken im Zuge der GST-Strecken vordringlich zu betreiben.

- (7) Die Regierungspräsidien werden gebeten, die Stadt- und Landkreise als ggf. betroffene Baulastträger kommunaler Streckenabschnitte sowie als untere Verwaltungsbehörden und die Städte und Gemeinden, deren Straßen durch die GST-Strecken betroffen sind, zu informieren.

### **Schlussbestimmungen**

- (8) Dieses Schreiben wird entsprechend der VwV Re-StB BW vom 1. Juli 2008 in der LisRe-StB-BW im Internet- und Intranetangebot der Abteilung 9 des Regierungspräsidiums Tübingen, Landesstelle für Straßentechnik, und dort im Sachgebiet 01, Grundsätzliche Angelegenheiten, Bereich 00.0, Allgemeines, eingestellt.

gez. Klaiber